



Resolution der Vertrauensleute bei Opel in Rüsselsheim

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

was dürfen wir uns in diesen Tagen nicht alles anhören: Wir seien einmal mehr der kranke Mann Europas, die Chinesen besser und schneller. Wir seien nicht innovativ, arbeiteten zu wenig, beschäftigten uns lieber mit Work-Life-Balance als unseren ordentlichen Beitrag zu leisten.

Dabei verfolgen auch wir Vertrauensleute die aktuellen Entwicklungen mit großer Sorge: Der regelbasierte Welthandel ist Schnee von gestern, der Klimawandel bleibt eine globale Herausforderung, wir lesen von stagnierenden Wachstumszahlen und steigenden Außenhandelsdefiziten. Wir erleben landauf landab, wie Werksschließungen angekündigt werden und Arbeitsplätze unwiederbringlich verloren gehen. Wir sehen, dass Verlagerungen in sog. Best-Cost-Countries an der Tagesordnung sind. **Wir spüren die Krise der Automobilindustrie jeden Tag in unseren Betrieben.**

Jahrelang haben Politik, Unternehmen und Arbeitgeber keinen nachvollziehbaren Plan entwickelt, wie der ökologische Umbau der Industrie und der Wandel zur Elektromobilität gelingen kann, stattdessen auf fremde Kräfte, fehlende Zuständigkeit und politische Kompromisse verweisen. Der Protektionismus der USA und eine zunehmenden Konkurrenz staatlich geförderter chinesischer Hersteller verschärfen diese Versäumnisse. Nun legen Politik, Unternehmen und Arbeitgeber den Fokus auf Personal- und Arbeitskosten: Der Angriff auf die 35-Stunden-Woche* ist nur der symbolträchtige Aufschlag eines massiven Angriffs auf Beschäftigtenrechte. Der gesetzliche 8-Stunden-Tag soll weg, die tägliche Höchstarbeitszeit soll einer wöchentlichen Höchstarbeitszeit weichen. Die Arbeitgeber machen sich gezielt daran, Mitbestimmung zu schleifen. Sie wollen, dass Betriebsräte in Krisen nichts mehr zu melden haben. Das betrifft zugleich den Kündigungsschutz, der für Besserverdienende gegen Abfindungszahlung entfallen soll – zumindest, wenn es nach der Politik geht. Das Streikrecht soll eingeschränkt, die Anzahl an Warnstreiks limitiert, die Ankündigungsfrist von Warnstreiks verlängert und verpflichtende Schlichtungsverfahren eingeführt werden.

Was macht das mit Beschäftigten? Überforderung, Verunsicherung und Abwehrreflexe sind überall spürbar. Der Glaube an Gestaltbarkeit nimmt ab, das Gefühl der Machtlosigkeit zu. Wer wie der Bundeskanzler in Zeiten von Personalabbau, Verlagerungen und Werksschließungen zu mehr Arbeit(seifer) aufruft und unseren Kolleginnen und Kollegen in Wahlkampfauftritten Faulheit unterstellt, darf sich über wachsenden Unmut, sinkende Umfragewerte und niedrige Sympathiewerte nicht beschweren. Die Folge: Zunehmende Spaltung in der Bevölkerung, schwindender Zusammenhalt und damit eine offene Flanke für Populisten und zunehmend arbeitnehmerfeindliche Kräfte.

**Vorstoß von Mercedes: Rückkehr zur 40-Stunden-Woche ohne Lohnausgleich*

Die Antwort der Berliner „Großkoalitionäre“? Lockerung des Kündigungsschutzes, Ausweitung sachgrundloser Beschäftigung, Karenztage und Krankschreibung ab dem ersten Tag, weitreichende Einschnitte und zusätzliche Belastungen bei Rente, Pflege und Krankenversicherung. Dieses „Reformgemisch“ soll zur Stärkung globaler Wettbewerbsfähigkeit beitragen. Was sie Wettbewerbsfähigkeit nennen, ist aus unserer Sicht die systematische Auflösung dessen, was Generationen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vor uns erstritten haben. Wir lehnen das entschieden ab!

Was wir wollen: Zuversicht in Zeiten des Wandels stiften.

Was wir fordern: Eine politische Wende hin zur aktiven Industriepolitik statt der Aushöhlung von Arbeitnehmerrechten.

Wir fordern eine zielgerichtete und nachhaltige Industriepolitik, die Beschäftigung entlang der gesamten Wertschöpfungsketten sichert, bei Automobilherstellern und Zulieferern gleichermaßen, von Forschung und Entwicklung, über Produktion und Ausbildung, bis zu unseren Zentralbereichen. Wir planen, entwickeln und bauen die Produkte von morgen! Dafür braucht es beschäftigungssichernde Instrumente gegen unfaire Wettbewerbspraktiken wie Local Content und Handelsschutz.

Wer nach der Politik ruft und Förderung in Anspruch nimmt, muss liefern: Gute und tarifgebundene Arbeitsplätze, Standort- und Beschäftigungssicherung, Weiterbildung und Ausbildungsplätze!

Wir fordern die Unternehmen auf, in unsere Standorte zu investieren, in neue Produkte, Entwicklungs- und Produktionsprozesse entlang der gesamten Wertschöpfungskette, in nachhaltige Geschäftsmodelle – in Aus- und Weiterbildung.

Wir fordern eine bessere Finanzierung und mehr Engagement für neue Technologien und Innovationen – von den Unternehmen, von Bund und Ländern.

Wir fordern eine investitionsförderliche Reform der Schuldenbremse, ein Ende der Politik schwarzer Nullen, ein Ende der Verweise auf Finanzierungskonflikte und fehlende Haushaltsmittel. Wir fordern ein gerechtes Steuersystem, die Wiedereinführung der Vermögenssteuer, ein Ende der Ungleichbehandlung von Kapital und Einkommen aus Erwerbsarbeit.

Und wir fordern ein Ende des sozialen Kahlschlags. Wir brauchen soziale Sicherungssysteme, die Sicherheit im Wandel versprechen und Menschen in Not absichern. Die geplanten betriebs- und sozialpolitischen Reformen der „großen Koalition“, die zulasten der Beschäftigten gehen, müssen gestoppt werden!

Dafür gehen wir am 21. und 26 September auf die Straße. Für unsere Arbeitsplätze, unsere sozialen Sicherungssysteme und für Reformen, die die arbeitende Bevölkerung absichern – und sie nicht belasten!

Kommt mit! Und informiert Euch bei Euren Vertrauensleuten.